

Antrag

der Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Dem Antisemitismus durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Shoa und dem Judentum in den Schulen vorbeugen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. für welche Fächer welcher Jahrgangsstufen und Schularten die Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus einerseits und jüdisches Leben, jüdische Kultur und die jüdische Religion andererseits als Unterrichtsgegenstände in den aktuellen Bildungsplänen verankert sind;
2. inwieweit die Landesregierung ein Gesamtkonzept einer Didaktik der Shoa und des Judentums an den Schulen in Baden-Württemberg verfolgt und wie sich dies darstellt;
3. welche Aspekte jüdischen Lebens, jüdischer Geschichte, jüdischer Kultur und der jüdischen Religion bisher bereits Gegenstand des Unterrichts an den Grundschulen sind, wie die Landesregierung zu einer schulischen Auseinandersetzung mit der Shoa bereits in der Primarstufe steht beziehungsweise welche Konzepte sie hierbei gegebenenfalls bereits verfolgt;
4. wie die Landesregierung Exkursionen zu Gedenkstätten nationalsozialistischer Unrechts fördert und unterstützt;
5. wie die Landesregierung zu einem verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte von Schülern in ihrer Schulkarriere steht;
6. wie viele Kooperationen von Schulen mit israelitischen Religionsgemeinschaften es gibt, in deren Rahmen der Besuch einer Synagoge und ein Gespräch mit Vertretern israelitischer Religionsgemeinschaften vorgesehen ist;

7. wie sie zum Besuch einer Synagoge und dem Gespräch mit Vertretern der israelitischen Religionsgemeinschaften als einem festen Bestandteil des Bildungsplans steht;
8. inwieweit die Landesregierung beabsichtigt, die Auseinandersetzung mit der Shoa und dem Judentum im Unterricht in den kommenden Schuljahren zu intensivieren;
9. wie viele und welche Lehrstühle, Professuren und Einrichtungen an den baden-württembergischen Hochschulen gegenwärtig im Themenfeld der Didaktik der Shoa und des Judentums angesiedelt sind beziehungsweise welche im genannten Themenfeld forschen und lehren;
10. inwieweit die Landesregierung die Einrichtung von Lehrstühlen, Professuren und Einrichtungen im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums plant;
11. wie viele und welche Forschungsprojekte in den letzten zehn Jahren an baden-württembergischen Hochschulen im Themenfeld der Didaktik der Shoa und des Judentums durchgeführt wurden und inwieweit in diesem Zeitraum eher eine Zu- oder Abnahme der Forschungstätigkeit festzustellen ist;
12. welche Projekte die Landeszentrale für politische Bildung nach ihrer Kenntnis im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums verfolgt und bisher realisiert hat;
13. inwieweit und welche Angebote in Baden-Württemberg zu Lehrerfortbildungen im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums bestehen;
14. inwieweit und auf welchem Weg die Lehr- und Forschungsaktivitäten sowie die Forschungsergebnisse zum Thema der Didaktik der Shoa und des Judentums an den baden-württembergischen Hochschulen Eingang in die Präventions- und Aufklärungsarbeit der Schulen, der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, der Weiterbildungsträger und der Institutionen der Jugendarbeit finden;
15. wie weit die Möglichkeit eines Austauschs mit den Verantwortlichen der Bayerisch-Israelischen Bildungskoooperation (BiBiKo), dem das Kultusministerium bei der Beantwortung der Ziffer 9 der Drucksache 16/7472 „offen gegenüber“ stand, in der Zwischenzeit erörtert wurde, gerade auch vor dem Hintergrund einer möglichst effektiven Verwendung der im letzten Doppelhaushalt zusätzlich zugewiesenen Fördermittel für Schulkooperationen mit Israel.

30.04.2020

Dr. Timm Kern, Weinmann, Dr. Goll, Dr. Rülke, Hoher,
Haußmann, Keck, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Nach Angaben des Kultusministeriums sind seit der Einführung einer entsprechenden Meldepflicht der Schulen im April 2018 insgesamt 62 antisemitische Vorfälle gemeldet worden. Gleichzeitig geht der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte in diesem Zusammenhang von einer sehr hohen Dunkelziffer aus (siehe Rhein-Neckar-Zeitung vom 19. Februar 2020). In einer fundierten und umfassenden Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus einerseits und mit jüdischem Leben, jüdischer Kultur und der jüdischen Religion andererseits sehen die Antragsteller das wirksamste Mittel zur Vorbeugung gegen Antisemitismus. Mit diesem Antrag

sollen deshalb neben dem diesbezüglichen aktuellen Stand mögliche Planungen der Landesregierung erfragt werden, die Auseinandersetzung mit Judentum und Shoa im Schulunterricht zu intensivieren.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Juni 2020 Nr. RA-7162.0/245 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. für welche Fächer welcher Jahrgangsstufen und Schularten die Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus einerseits und jüdisches Leben, jüdische Kultur und die jüdische Religion andererseits als Unterrichtsgegenstände in den aktuellen Bildungsplänen verankert sind;

Die 2016 in Kraft getretenen Bildungspläne für die allgemein bildenden Schulen sehen für Schülerinnen und Schüler aller Schularten auf allen Schulstufen eine intensive Auseinandersetzung mit jüdischem Leben, jüdischer Kultur und jüdischer Religion einerseits und der Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus andererseits vor. Die Zahl der konkreten inhaltlichen Festlegungen ist aufgrund der Kompetenzorientierung des Bildungsplans 2016 begrenzt. Schulen und Lehrkräfte haben die Möglichkeit, im Rahmen der festgelegten Themen und Unterrichtsgegenstände auszuwählen.

In der Primarstufe sind jüdisches Leben, jüdische Kultur bzw. jüdische Religion in den Religionslehren aller Religionen und Konfessionen als Unterrichtsgegenstände mit unterschiedlichen Schwerpunkten verankert, zumeist sowohl in den Standards für die Klassen 1/2 als auch in den Standards für die Klassen 3/4. Aspekte der unterrichtlichen Beschäftigung mit dem Judentum sind unter anderem das Alte Testament, Jesus als Jude, die Zeit und Umwelt Jesu (Sabbat, Pesach, Synagoge, Tempel etc.), religiöse Lebens- und Ausdrucksformen, Gebete, Feste, Rituale, Symbole, Kleidung, Speisen, Vorstellungen von Gott. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der abrahamitischen Religionen und entwickeln Toleranz gegenüber anderen Religionen.

Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus ist in den Bildungsplänen für die Primarstufe nicht explizit vorgesehen, aber möglich, insbesondere im Rahmen des Sachunterrichts der Klassen 3 und 4, in denen die Schülerinnen und Schüler gemäß Bildungsplan „Vergangenes an mindestens einem Beispiel aus der näheren Umgebung anhand geeigneter Quellen recherchieren, ordnen und darstellen“, „ausgewählte Aspekte und prägende Ereignisse der Entwicklung ihres Heimatorts in Vergangenheit und Gegenwart beschreiben und über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten nachdenken“.

Auch für die Sekundarstufen sehen die Bildungspläne der Religionslehren aller Religionen und Konfessionen in den inhaltsbezogenen Kompetenzen eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten des Judentums verpflichtend vor, beispielsweise das Fach Katholische Religionslehre in den Standards für die Klassen 5/6 und 7/8, das Fach Evangelische Religionslehre in den Standards für die Klassen 5/6, 7/8 bzw. 7/8/9 sowie 9/10 bzw. 11, das Fach Islamische Religionslehre sunnitischer Prägung in den Standards für die Klassen 5/6, für die Klassen 7/8 bzw. 7/8/9 und die Klassen 11/12 sowie das Fach Jüdische Religionslehre naturgemäß durchgängig. Im Fach Ethik sieht der Bildungsplan die Behandlung des

Judentums verpflichtend in den inhaltsbezogenen Kompetenzen der Standards für die Klassen 7/8 bzw. 7/8/9 sowie 9/10 bzw. 11 vor. Zusätzlich ist an vielen weiteren Stellen der Bildungspläne dieser Fächer die Behandlung weiterer Aspekte des Judentums fakultativ angelegt.

Im Fach Geschichte werden einzelne Sachaspekte jüdischer Geschichte verschiedener Epochen gemäß der Bildungspläne der Sekundarstufen I und II unter den inhaltsbezogenen Standards der Klassen 5/6, 7/8 bzw. 7/8/9, 9/10 bzw. 10 sowie 11/12 bzw. 11/12/13 verpflichtend behandelt. Eine Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens zur Zeit des Nationalsozialismus erfolgt bildungsplangemäß in Geschichte explizit in der Jahrgangsstufe 9 (Gymnasium bzw. Sekundarstufe I) sowie nochmals in der Oberstufe (Gymnasium bzw. Gemeinschaftsschule). Der Fachplan Geschichte eröffnet darüber hinaus in den jahrgangsübergreifend angelegten prozessbezogenen Kompetenzen eine Vielzahl von Möglichkeiten der Behandlung. So können die Schülerinnen und Schüler etwa „Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten (zum Beispiel Museum, Archiv, Denkmal, Kulturdenkmal, Gedenkstätte, historischer Ort)“. Hierzu bieten sich gleichermaßen Synagogen wie KZ-Gedenkstätten an, um die verschiedenen Aspekte jüdischer Religion, Kultur und Geschichte zu verdeutlichen. Die Schülerinnen und Schüler können weiterhin „regionalgeschichtliche Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge einordnen“. Zu den unter „Orientierungskompetenz“ subsumierten Kompetenzen gehört u. a., dass die Schülerinnen und Schüler „die historische Bedingtheit der Gegenwart sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Vergangenheit und Gegenwart analysieren und bewerten“. Auch in diesem Zusammenhang sind Aspekte der jüdischen Geschichte für die Gegenwartsorientierung von großer Relevanz.

In den Fächern Deutsch, Musik und Bildende Kunst können, auch ohne explizite Nennung in den Bildungsplänen, im Unterricht Werke jüdischer Literatinnen und Literaten, Musikerinnen und Musiker bzw. Künstlerinnen und Künstler behandelt werden.

Ein Viertel der Unterrichtszeit verwenden die Schulen auf die individuell nach Schulprofil, regionalen Besonderheiten und sonstigen Kriterien erstellten Schulcurricula. Hier haben die Schulen die zusätzliche Möglichkeit, die hier abgefragten Themen durch entsprechende Schwerpunktsetzung in ihren Schulcurricula zu verankern.

In allen beruflichen Schularten ist die Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in der Zeit des Nationalsozialismus in allen Bildungsplänen des Fachs Geschichte mit Gemeinschaftskunde verankert. Im Berufskolleg und der Berufsfachschule wird das Thema im Regelfall im 1. Schuljahr behandelt, im Beruflichen Gymnasium in der Jahrgangsstufe 1. Der kompetenzorientierte Bildungsplan der dualen Berufsschule impliziert die Behandlung dieser Themen unter dem übergreifenden Thema „Entwicklung der Demokratie in Deutschland und ihre Gefährdungen“ im 2. Schuljahr. Die Auseinandersetzung mit der jüdischen Religion ist ferner in den einschlägigen Bildungsplänen der evangelischen und katholischen Religionslehre aber auch in Ethik in allen Schularten explizit vorgesehen.

Viele kompetenzorientierte Bildungspläne ermöglichen darüber hinaus implizit auch eine Befassung mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur. Eine entsprechende Wahl der Lektüre im Deutschunterricht beispielsweise führt selbstverständlich auch zu einer intensiven Beschäftigung mit den genannten Themen, ohne dass der Bildungsplan dies explizit benennt. Gleiches gilt etwa auch für die Wahl des Unterrichtsgegenstandes in der Bildungseinheit „Musik des 20. und 21. Jahrhunderts“ oder „Vokalmusik“ im Bildungsplan für das Fach Musik des Beruflichen Gymnasiums.

2. inwieweit die Landesregierung ein Gesamtkonzept einer Didaktik der Shoa und des Judentums an den Schulen in Baden-Württemberg verfolgt und wie sich dies darstellt;

Die schulische Auseinandersetzung mit dem Judentum und der Shoa ist derzeit vor allem auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung antisemitischer Haltungen zu sehen und ordnet sich damit in eine Gesamtstrategie der Bekämpfung von Antisemitismus ein.

Antisemitismus ist eine aus unterschiedlichen Dimensionen gespeiste diskriminierende Erscheinungsform, die sich zum Teil auch in gewalttätigen Handlungen gegenüber Menschen jüdischen Glaubens bzw. Menschen, die als Juden wahrgenommen werden, deren Organisationen und deren Eigentum ausdrückt. Sie ist eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Typisch ist, dass diese Haltungen bzw. Verhaltensformen in Verbindung mit Verschwörungsmythen in Erscheinung treten. Die Folgen antisemitischer Haltungen und Handlungen sowie auch anderer religiöser oder ethnisch begründeter Diskriminierung können im Weiteren neben der Verletzung und Abwertung von einzelnen Menschen auch das friedliche Zusammenleben, die Stabilität der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Rechtsstaates betreffen. Diese Erscheinungen bedürfen hoher Aufmerksamkeit sowie intensiver pädagogischer Bearbeitung. Jeglicher Form religiös oder ethnisch begründeter Diskriminierung ist entschieden entgegenzutreten. Für eine adäquate Auseinandersetzung mit Antisemitismus und auch anderen Formen religiös und ethnisch begründeter Diskriminierung ist es erforderlich, durch unterschiedliche empirische Methoden, auch längsschnittlich, Erkenntnisse über Ursachen und Entwicklungen zu gewinnen. Neben der Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zählt zu den Aufgaben der Schule, die Schülerinnen und Schüler zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu erziehen. Die Achtung der Menschenwürde, die Ausbildung von Toleranz und der Abbau von Vorurteilen haben dabei eine besondere Bedeutung. Demokratieerziehung ist die wesentliche Primärprävention gegen sämtliche Formen von Extremismus und ist Aufgabe aller Unterrichtsfächer sowie der außerunterrichtlichen Gestaltung des Schullebens.

Die Förderung der Akzeptanz von Menschen unabhängig ihres Glaubens, ihrer Herkunft und ihrer persönlichen Orientierungen ist Basis des Engagements gegen Antisemitismus und durch die Normen des Grundgesetzes, der Landesverfassung und des Schulgesetzes begründet. Präventives Handeln als Teil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags hat dabei Priorität und ist in den Bildungsplänen verankert.

Die Entwicklung eines diskriminierungsfreien Schul- und Klassenklimas ist dabei eine wichtige und langfristig anzulegende Aufgabe, bei der die Umsetzung der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ (BTV), aber auch der Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“ in den Bildungsplänen 2016 für die allgemein bildenden Schulen eine herausgehobene Rolle spielt.

Das Ziel, durch wirksame und nachhaltige Prävention ein positives Schul- und Klassenklima zu schaffen, gestaltet sich als durchgehender (Schulentwicklungs-) Prozess in allen Bereichen von Schule. Zur Unterstützung und Begleitung von Schulen gibt es das Rahmenkonzept stark.stärker.WIR., das die Bedingungen für zielgerichtete, systematische und nachhaltige Prävention aufzeigt sowie den Prozess zu deren Erreichung beschreibt. Die Auseinandersetzung mit sozialer wie auch ethnischer Ausgrenzung und Mobbing Erfahrungen ist eine Aufgabe im Kontext der Schulentwicklung, die alle am Schulleben Beteiligten (Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schulsozialarbeit, Schulpsychologinnen und -psychologen, weitere Partner) vor Ort gemeinsam leisten müssen.

Fälle von antisemitischen Handlungen und Äußerungen im schulischen Alltag sind Anlass, mit Schülerinnen und Schülern über Antisemitismus ins Gespräch zu kommen und sie zum Gegenstand von schulischem Lernen zu machen.

Antisemitismus tritt häufig in Verbindung mit Antizionismus bzw. Kritik am Staat Israel auf. Die schulische Aufgabe ist es, sich mit den Schülerinnen und Schülern kritisch und vorurteilsfrei mit der Situation in Nahost auseinanderzusetzen, Konfliktparteien, Ursachen und politische Konsequenzen zu beleuchten und Räume zu schaffen, in denen sich Schülerinnen und Schüler hierüber äußern können. Sind Äußerungen antisemitisch zu verstehen, müssen sie bearbeitet werden.

Reichen pädagogische Maßnahmen nicht aus oder handelt es sich um schwere Verfehlungen von Schülern i. S. von Straftaten, ist eine weitergehende Intervention, ggfs. auch mit strafrechtlichen Instrumenten, angebracht. Antisemitische Vorfälle sowie andere Vorfälle, die eine Diskriminierung aus religiösen oder ethnischen Gründen darstellen, müssen von den Schulen unverzüglich über die Schulaufsichtsbehörden dem Kultusministerium gemeldet werden, sofern diese

mindestens mit Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach § 90 SchulG geahndet wurden oder noch werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden aggregiert dem Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus zugeleitet und sind Grundlage für Analyse und Entwicklung weiterer Maßnahmen und Unterstützungsleistungen für die Schulen.

Die Handreichung des Kultusministeriums zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen, die im Oktober 2019 veröffentlicht und allen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg zugesandt wurde, unterstützt Lehrkräfte unter anderem bei der zeitgemäßen Thematisierung der Shoa sowie der Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur. Es handelt sich hierbei insbesondere um Impulse und Reflexionshilfen für die Umsetzung im eigenen Fachunterricht sowie im Rahmen von außerunterrichtlichen Veranstaltungen und begegnungspädagogischen Projekten.

3. welche Aspekte jüdischen Lebens, jüdischer Geschichte, jüdischer Kultur und der jüdischen Religion bisher bereits Gegenstand des Unterrichts an den Grundschulen sind, wie die Landesregierung zu einer schulischen Auseinandersetzung mit der Shoa bereits in der Primarstufe steht beziehungsweise welche Konzepte sie hierbei gegebenenfalls bereits verfolgt;

Die Verankerung im Bildungsplan der Grundschulen sowie die schulische Auseinandersetzung mit der Shoa in der Primarstufe wurden unter Ziffer 1 bereits unterlegt. Die Entscheidung, welche Methoden und Materialien altersangemessen und für die Verwirklichung der Vorgaben am geeignetsten sind, obliegt letztendlich der Lehrkraft und der Schule.

4. wie die Landesregierung Exkursionen zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts fördert und unterstützt;

Das Kultusministerium fördert seit 1989 Studienfahrten von Schulklassen und freien Trägern der außerschulischen Jugendbildung zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts in Baden-Württemberg sowie im bis zu 100 km angrenzenden Raum (z. B. Natzweiler-Struthof im Elsass) sowie zur Gedenkstätte Dachau. Der Zuschuss beträgt abhängig von der Relation der vorliegenden Anträge und der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu 50 % der anerkannten Fahrtkosten des Gedenkstättenbesuchs. Ferner werden die Reisekosten der Begleitkräfte bzw. Begleitpersonen erstattet. Anträge können ganzjährig gestellt werden und sind spätestens sechs Wochen vor Beginn der Studienfahrt beim zuständigen Regierungspräsidium einzureichen. Für Fahrtkostenzuschüsse und Reisekostenerstattungen wurden im Staatshaushaltsplan 2020/2021 zusätzlich strukturell 340.000 Euro, insgesamt 414.800 Euro, bei Kap. 0465 Tit. Gr. 72 veranschlagt.

5. wie die Landesregierung zu einem verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte von Schülern in ihrer Schulkarriere steht;

Gedenkstätten sind unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Erinnerungskultur in einer Demokratie. Die intensive Auseinandersetzung mit geschichtlichen Ereignissen durch den Besuch von Gedenkstätten und Gedenkorten kann bei Schülerinnen und Schülern einen Beitrag zur wertorientierten Persönlichkeitsbildung sowie zur Achtung der Menschenrechte durch diese leisten. Insbesondere die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Verbrechen sowie die Gedenkarbeit für die Opfer des NS-Regimes sind wichtige Bausteine im schulischen Handeln.

Der Besuch von Gedenkstätten ist didaktisch wertvoll und ergibt sich in Baden-Württemberg aus dem Bildungsplan 2016. Im Fach Geschichte bilden Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg und die damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verbindliche Kompetenzbereiche. Im Leitfaden Demokratiebildung sind Lehrkräfte zum Lehren an außerschulischen Lernorten, bei denen Gedenkstätten eine große Bedeutung haben, angehalten.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Landesregierung, den Besuch von Gedenkstätten und Gedenkorten noch stärker im Unterricht zu verankern. Im Rah-

men einer derzeit erfolgenden Konzeptentwicklung wird dabei auch geprüft, ob Gedenkstättenbesuche von Schülerinnen und Schülern verbindlich vorgegeben werden sollen.

6. wie viele Kooperationen von Schulen mit israelitischen Religionsgemeinschaften es gibt, in deren Rahmen der Besuch einer Synagoge und ein Gespräch mit Vertretern israelitischer Religionsgemeinschaften vorgesehen ist;

Die zahlreich bestehenden Kontakte werden nicht systematisch erfasst.

7. wie sie zum Besuch einer Synagoge und dem Gespräch mit Vertretern der israelitischen Religionsgemeinschaften als einem festen Bestandteil des Bildungsplans steht;

Der Besuch einer Synagoge ist im Bildungsplan beispielsweise für die Religionslehren und Ethik angelegt. Der Besuch außerschulischer Lernorte nimmt grundsätzlich eine herausgehobene Bedeutung innerhalb des Unterrichts der einzelnen Fächer ein. Der Besuch einer Synagoge oder ein Gespräch mit Vertretern der israelitischen Religionsgemeinschaften ist bereits in zahlreichen Schulen fester Bestandteil des Schulcurriculums.

8. inwieweit die Landesregierung beabsichtigt, die Auseinandersetzung mit der Shoa und dem Judentum im Unterricht in den kommenden Schuljahren zu intensivieren;

Im Jahr 2019 wurde eine Handreichung veröffentlicht, durch die aktuell bereits ein entscheidender Beitrag für die Auseinandersetzung mit dem Judentum und der Shoa geleistet wird (vgl. Ziff. 2). Zudem wurde mit dem Fachtag „Wahrnehmen-Benennen-Handeln. Umgang mit Antisemitismus an Schulen“, der am 5. Juli 2019 stattfand, ein entscheidender Grundstein gelegt, um alle am Schulleben Beteiligten darin zu unterstützen, einen kompetenten Umgang mit Antisemitismus zu finden. Weitere Maßnahmen, um gesellschaftlichen Tendenzen des Antisemitismus an Schulen gezielt vorzubeugen, werden angestrebt.

9. wie viele und welche Lehrstühle, Professuren und Einrichtungen an den baden-württembergischen Hochschulen gegenwärtig im Themenfeld der Didaktik der Shoa und des Judentums angesiedelt sind beziehungsweise welche im genannten Themenfeld forschen und lehren;

Jüdische Geschichte, Religion und Kultur ist Gegenstand zahlreicher Lehr- und Forschungsangebote an den Hochschulen des Landes – auch im Zusammenhang mit der Lehramtsausbildung.

An der Hochschule für Jüdische Studien gibt es eine Professur für „Jüdische Religionslehre, -pädagogik und -didaktik“, die derzeit zur Besetzung als W1 mit Tenure-Track ausgeschrieben ist und die in Lehre und Forschung die Didaktik der Shoa mitberücksichtigen wird.

An der Universität Konstanz werden vom Fachbereich Geschichte regelmäßig Veranstaltungen und Seminare zur Geschichte des Nationalsozialismus und zur Geschichte und Politik der Judenvernichtung angeboten, in denen angehende Lehrerinnen und Lehrer mit Fragen der Didaktik der Shoa vertraut gemacht werden. In diesen Veranstaltungen werden auch entsprechende Forschungsprojekte genutzt und auf diese verwiesen (etwa auf die USC Shoah Foundation).

Schließlich sei die neue Forschungsstelle Ludwigsburg am Historischen Seminar der Universität Stuttgart genannt, die in 2001 die Arbeit aufgenommen hat und in der 1958 eingerichteten Ludwigsburger Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen angesiedelt ist. Sie widmet sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung des dort lagernden umfangreichen Materials zur Unrechtsgeschichte des Dritten Reich. Die Aufarbeitung und Publikation zur Geschichte der Ministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus hat breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren.

Die Vermittlung von Kultur, Geschichte und gesellschaftlicher Bedeutung des Judentums in der Lehramtsausbildung im Sinne der gemeinsamen Erklärung von Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Zentralrat der Juden von 2016 ist eine Aufgabe in der gemeinsamen Verantwortung der Länder. Die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg arbeiten daher eng mit den Einrichtungen aus anderen Bundesländern zusammen. Dabei kann insbesondere auf die Zusammenarbeit beispielsweise der Hochschule für Jüdische Studien und der Universität Heidelberg mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main und dem dortigen Lehrstuhl für Holocaust-Studien am bundesweit tätigen Fritz-Bauer-Institut verwiesen werden.

10. inwieweit die Landesregierung die Einrichtung von Lehrstühlen, Professuren und Einrichtungen im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums plant;

Es ist ein Anliegen des Landes im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung des Zentralrats der Juden und der HRK (siehe Ziffer 9), das Judentum in seiner Vielfalt und Authentizität in der Lehramtsausbildung zu thematisieren sowie den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern ein lebendiges und differenziertes Bild des Judentums zu vermitteln. Dazu gehört unabdingbar die Shoa, ohne aber jüdisches Leben in Deutschland und Europa auf sie zu reduzieren.

Eine besondere Rolle kommt dabei der gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Hochschule für Jüdische Studien (HfJS), Heidelberg, in der Trägerschaft des Zentralrats der Juden zu. Das Land Baden-Württemberg ist mit der HfJS in Heidelberg Sitzland der einzigen Einrichtung in Deutschland, an der die Wissenschaft vom Judentum und der jüdischen Studien auf dem Niveau einer wissenschaftlichen Hochschule und in einer fachlichen Breite wie an keinem anderen Standort in der deutschen Hochschullandschaft abgebildet sind.

Als Sitzland hat sich Baden-Württemberg mit Erfolg für eine Aufstockung des Haushalts der HfJS durch Bund und Länder bei der Kultusministerkonferenz eingesetzt und damit die Einrichtung von zwei weiteren Professuren an der HfJS ermöglicht, die wesentlich zu den vielfältigen Studienangeboten beitragen, in denen die jüdische Geschichte, Religion und Kultur im Sinne der o. g. gemeinsamen Erklärung von HRK und Zentralrat in ihrer gesamten Vielfalt und Authentizität vermittelt werden.

Die HfJS kooperiert eng mit der Universität Heidelberg, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und den anderen Hochschulen des Landes. Sie hat ihre Studienangebote auch für Gasthörerinnen und -hörer der Landesuniversitäten, insbesondere der Universität Heidelberg, geöffnet.

11. wie viele und welche Forschungsprojekte in den letzten Jahren an baden-württembergischen Hochschulen im Themenfeld der Didaktik der Shoa und des Judentums durchgeführt wurden und inwieweit in diesem Zeitraum eher eine Zu- oder Abnahme der Forschungstätigkeit festzustellen ist;

Auf Nachfrage haben die Hochschulen zahlreiche Vorhaben gemeldet, die in der Anlage dargestellt sind. Die in der Anlage exemplarisch aufgeführten Projekte zeigen die Vielfalt der Ansätze und belegen die konstant hohe Bedeutung der Thematik bei den Hochschulen im Land.

12. welche Projekte die Landeszentrale für politische Bildung nach ihrer Kenntnis im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums verfolgt und bisher realisiert hat;

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) hat zu dieser Fragestellung mitgeteilt:

Der Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale unterstützt die Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen bei ihrer Arbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Shoa. Er fördert die Gedenkstättenarbeit im Land mit Landesmitteln, die vom paritätisch mit Vertretern bzw. Vertreterinnen der LpB und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiati-

ven (LAGG) besetzen Förderbeirat vergeben werden. Die Projektmittel fließen zu einem großen Teil in die Erarbeitung und Gewährleistung pädagogischer Maßnahmen. Darüber hinaus begleitet und berät der Fachbereich Orte beim Aufbau einzelner pädagogischer Maßnahmen. Er entwickelt Fortbildungen für Gedenkstättenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen und Lehrkräfte, die sich u. a. mit Antisemitismus und dem Holocaust aus historischer Perspektive auseinandersetzen. In Kooperation mit dem Arbeitskreis Jugend- und Vermittlungsarbeit der LAGG hat der Fachbereich eine Jugendguide-Ausbildung entwickelt. In diesem Rahmen besuchen Jugendliche mehrere Gedenkstätten, die sich mit der Geschichte des Judentums beschäftigen. Zum Abschluss der Ausbildung besuchen die künftigen Jugendguides eine jüdische Gemeinde und diskutieren mit deren Jugendgruppe heutige Herausforderungen in der Vermittlung jüdischen Lebens. Von Bedeutung dabei ist auch die Auseinandersetzung mit aktuellen antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft. Die LpB hat gemeinsam mit dem Kultusministerium sowie dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) die Handreichung „Wahrnehmen – Benennen – Handeln. Umgang mit Antisemitismus an Schulen“ entwickelt, die im Oktober 2019 veröffentlicht wurde. Diese Handreichung enthält Grundlegendes zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule sowie Unterrichtsvorschläge und -anregungen zur Shoa-Education. Die Inhalte der Handreichung werden in begleitenden Lehrerfortbildungen in Kooperation mit dem ZSL in Lehrerfortbildungen vermittelt.

13. inwieweit und welche Angebote in Baden-Württemberg zu Lehrerfortbildungen im Bereich der Didaktik der Shoa und des Judentums bestehen;

Die Ziele der amtlichen Lehrkräftefortbildung stehen in engem Zusammenhang mit Artikel 12 der Landesverfassung von Baden-Württemberg. Er benennt unterschiedliche Ziele, denen die Erziehung der Jugend dienen soll, darunter befinden sich u. a. die Erziehung zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit sowie die Erziehung zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung. Die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung demokratischer Werte sind wesentliches Anliegen schulischer Bildung und sind in der Lehrkräftefortbildung entsprechend verortet. Die Lehrerfortbildung orientiert sich dabei an den durch die Bildungspläne vorgegebenen inhalts- und prozessbezogenen Kompetenzen der jeweiligen Fächer unter Berücksichtigung der Leitperspektiven bzw. einer fächerübergreifenden Zugangsweise.

So gibt und gab es im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung in Baden-Württemberg vielfältige Veranstaltungen und Maßnahmen zu den Themenbereichen Judentum, Erinnerungskultur und Antisemitismus, die eine aktive Erinnerungskultur zum Gegenstand haben und sich für Zivilcourage und gegen Extremismus einsetzen. Je nach Zielsetzung waren die Veranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für Lehrkräfte aller Schularten geöffnet.

Das Kultusministerium hat einen Leitfaden Demokratiebildung entwickelt, der seit dem Schuljahr 2019/2020 verbindlich in allen öffentlichen und privaten allgemein bildenden und beruflichen Schulen zum Einsatz kommt und von entsprechenden Fortbildungen flankiert wird. Hierzu fand im Jahr 2019 der Fachtag „Demokratiebildung in Schule und Unterricht“ statt.

Im Zuge der Implementierung des Bildungsplans für die Sekundarstufe I und II wurde das Thema „Antisemitismus“ umfassend thematisch eingebunden, so z. B. „Geschichte ganz nah“ – Regionalgeschichte des Nationalsozialismus im Spiegel der Geschichtsdokumentation“. Die Fortbildungen sind in Zusammenhang mit den Bildungsplanfortbildungen zu sehen. Ziel ist es, sowohl unterrichtspraktische Impulse zum Einsatz von Geschichtsdokumentationen als auch Zeitzeugendarstellungen im Geschichtsunterricht vorzustellen, zu reflektieren und didaktische Herangehensweisen an die Thematik zu erörtern.

Im Schuljahr 2020/2021 werden, über fachspezifische Fortbildungen hinaus, weitere Fortbildungen zu den Themenbereichen Judentum, Erinnerungskultur und Antisemitismus angeboten. Sofern Präsenzveranstaltungen aufgrund der derzeitigen Pandemie derzeit nicht möglich sind, werden diese in digitale Formate überführt.

Auf dem Landesbildungsserver/Landeskundeportal ist eine Reihe von Unterrichtsmodulen einschließlich Unterrichtsmaterialien und Exkursionsvorschlägen

eingestellt, die Bezug zu Gedenkstätten/Erinnerungsorten etc. haben. So gibt es diverse Unterrichtsmodule, die das jüdische Leben in Baden-Württemberg thematisieren. Mithilfe von konkreten Unterrichtsmodulen und anhand von Umsetzungsbeispielen erfahren Schülerinnen und Schüler die Bedeutung des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg. Sie erkunden beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Bild- und Textquellen aus der tausendjährigen Geschichte der Juden in der Stadt und der Region Heilbronn an einem konkreten landesgeschichtlichen Beispiel die Hauptphasen des Zusammenlebens von christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit vom Hochmittelalter bis ins 20. Jahrhundert.

Gedenkstättenpädagogik spielt in der Lehrkräftefortbildung eine besondere Rolle, da sie in ihrer Funktion als Gedenk-, Mahn- und Erinnerungsstätte Authentizität vermitteln, so werden sie zu pädagogischen Lernorten für historisch-politische Bildung.

Die Landesbeauftragten im Fach Geschichte am „Kompetenzzentrum für Landeskunde“ bieten auf Anfrage Unterstützung und Fortbildungen zum Thema „Schülerguides an Gedenkstätten“ an.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Yad Vashem finden Fortbildungsmaßnahmen für baden-württembergische Lehrkräfte (insbesondere Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Multiplikatoren der Lehrkräftefortbildung) in Israel und Baden-Württemberg statt. In Kooperation mit der International School für Holocaust Studies von Yad Vashem bietet das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung im Auftrag des Kultusministeriums eine dreiteilige Fortbildung mit dem Titel „Erinnerung für die Zukunft – Zukunft für die Erinnerung“ an.

Die Fortbildung greift unter anderem die Themenfelder Gedenkstättenpädagogik sowie den Einsatz von digitalen Medien im Unterricht mit Bezug zur Shoah auf und gibt Einblicke in das jüdische Leben in Deutschland heute. Die gewonnenen Erkenntnisse werden schulart- und fächerübergreifend und auch unter Einbeziehung der digitalen Medien im Rahmen der Lehrkräftefortbildung multipliziert und unterstützen so die Lehrkräfte vor Ort in didaktischen Fragen zur Vermittlung des Themas im Unterricht.

14. inwieweit und auf welchem Weg die Lehr- und Forschungsaktivitäten sowie die Forschungsergebnisse zum Thema der Didaktik der Shoa und des Judentums an den baden-württembergischen Hochschulen Eingang in die Präventions- und Aufklärungsarbeit der Schulen, der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, der Weiterbildungsträger und der Institutionen der Jugendarbeit finden;

Die Lehramtsstudiengänge vom 27. April 2015 (RahmenVO-KM) und die Rahmenvorgabenverordnung berufliche Lehramtsstudiengänge (RahmenVO-BS-KM) vom 29. April 2016 regeln grundlegende Elemente des lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiums. Im Rahmen der ersten Phase der Lehrerbildung ist die Vermittlung ethischer und philosophischer Kompetenzen in den Bildungswissenschaften, den Querschnittskompetenzen sowie den Fächern und Fachrichtungen verankert. Gleiches gilt für das Thema Prävention, das wegen seiner übergeordneten Bedeutung als Querschnittskompetenz übergreifend verortet ist. Bei der Erarbeitung der RahmenVO-KM sowie der RahmenVO-BS-KM waren ebenso Akteure der Wissenschaft wie auch der Seminare und Schulen sowie weitere an der Lehrerbildung beteiligte Personen umfassend involviert. So umfasst die Lehrerausbildung sowohl an den Universitäten, den Pädagogischen Hochschulen und weiteren Hochschulen fachspezifische Studienelemente, die Aspekte, Fragen und Konzepte zur spezifischen Thematik sowie des Politik- und Demokratielehrens aufgreifen und die sich mit sozialphilosophischen Themen und Begriffen wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Macht, Antisemitismus, Gewalt sowie weiteren Themen aus Gesellschaft und Kultur auseinandersetzen. Die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen obliegt der Verantwortung der jeweiligen Hochschulen. Über Qualitätssicherungssysteme der Hochschulen ist gesichert, dass aktuelle wissenschaftliche Beiträge und Erkenntnisse neuer Forschungen in die Veranstaltungen vor Ort eingebunden werden können.

Für die zweite Phase der Lehrerbildung sind die Ausbildungsstandards ebenfalls verbindlich vorgeschrieben. Die in der ersten Phase der Lehrerbildung erworbe-

nen Kenntnisse und Fähigkeiten werden vertieft und erweitert. Der Umgang mit Aspekten der Demokratieerziehung ist in den Ausbildungsfächern Pädagogik/ Pädagogische Psychologie und Schulrecht, Beamtenrecht sowie schulbezogenem Jugend- und Elternrecht ebenso wie in übergreifenden Seminarveranstaltungen verortet. Die Ausbildungsstandards fordern von den angehenden Lehrerinnen und Lehrern, dass sie sich ihrer eigenen ethisch-moralischen Werthaltungen bewusst sind und den Schülerinnen und Schülern entsprechende Werte vermitteln. Dies geschieht auch im Bewusstsein, den Beutelsbacher Konsens umzusetzen, die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler zu fördern und zu stärken sowie sie zur Übernahme sozialer Verantwortung zu befähigen. Angehende Lehrkräfte werden im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes an den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte darauf vorbereitet, angemessen auf antisemitische sowie andere religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungen reagieren zu können.

Das Thema „Antisemitismus“ ist an den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte v. a. Teil der Fachdidaktikveranstaltungen, hier insbesondere der Fachdidaktiken Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Jüdische Religionslehre, Islamische Religionslehre, Ethik, Gemeinschaftskunde und Geschichte.

Im Fach Ethik wird das Thema z. B. in den Veranstaltungen „Interkultureller Ethikunterricht – Umgang mit verfassungsfeindlichen Schüleräußerungen“ und „Grundannahmen der Ethikdidaktik – Moralerziehung im Spannungsfeld zwischen Beutelsbacher Konsens und dem Grundgesetz“ thematisiert. Im Fach Katholische Religionslehre ist z. B. das Thema in der Veranstaltung „Interreligiöses Lernen“ verankert.

Im Fach Geschichte z. B. kooperieren die Seminare beim Thema „Antisemitismus“ mit den Gedenkstätten und der Landeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus gibt es im Wahlpflichtbereich der Seminare entsprechende Angebote für die angehenden Lehrkräfte.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration befasst sich insbesondere der aus Bundes- und Landesmitteln geförderte Trägerverbund Demokratiezentrum Baden-Württemberg mit dem Phänomen des Antisemitismus. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass bei der Konzeption von Workshops, Qualifizierungsmodulen und anderen Maßnahmen im Bereich des Demokratiezentrums, wenn möglich, immer phänomenübergreifend gearbeitet wird.

Im Qualifizierungsmodul zur „Fortbildung zum Berater, zur Beraterin Extremismusprävention“ (Rechtsextremismus) wird das Thema Antisemitismus berücksichtigt. Die Teilnehmenden werden zum Themenfeld informiert, sensibilisiert und zur kritischen Selbstreflexion aufgefordert. Unter den Teilnehmenden konnten neben sog. „Respekt Coaches“ auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Fachkräfte der Jugendarbeit erreicht werden, die die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Antisemitismus in die Schulen und die Strukturen der offenen Jugendarbeit tragen. Weitere Anknüpfungspunkte im selben Kontext wurden in einem deutsch-französischen Seminar aufgezeigt. Dazu wurde mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) sowie mit der Ligue Internationale Contre le Racisme et l'Antisémitisme (LICRA) kooperiert. Die bei solchen Veranstaltungen realisierten direkten Begegnungen erzeugen bei den Teilnehmenden regelmäßig eine deutlich höhere Sensibilität hinsichtlich des Themas und stellen Kontakte her, die intensiviert und verstetigt werden können.

Die Konzepte und Angebote der Fachstelle „PREvent!on“ zur Prävention von religiös begründetem Extremismus beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg greifen Erkenntnisse zu Verschwörungstheorien auf, in denen antisemitische Narrative häufig eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere sind hier die Arbeiten der Forschungsgruppe um Prof. Dr. Michael Butter an der Universität Tübingen hervorzuheben, die im Rahmen des EU-weiten Forschungsprojekts COMPACT (Comparative Analysis of Conspiracy Theories) publiziert wurden.

Als Querschnittsthema wird Antisemitismus im aus Bundes- und Landesmitteln geförderten Modellprojekt „Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis – Ein Transfermodell“ (geplante Laufzeit: 2020 bis 2024) bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und neosalafitischen Narrativen berücksich-

tigt und im Zusammenhang mit sog. Verschwörungstheorien praxisnah bearbeitet. Im Rahmen des Modellprojekts werden Methoden auf wissenschaftlicher Basis entwickelt, die die Handlungssicherheit der angehenden Fachkräfte auch im Umgang mit Antisemitismus stärken helfen und in einem weiteren Schritt Erfahrungen aus der Praxis der Sozialen Arbeit in die wissenschaftliche Methodenkonzeption (zurück)überführen sollen.

Auf dem Weg der konkreten Zusammenarbeit mit Schulen in Workshops zum Thema Antisemitismus konnte eine spürbare zusätzliche Aufmerksamkeit für das Thema erzielt werden. Diese hat erfahrungsgemäß eine weitere, intensivere inhaltliche Auseinandersetzung zur Folge, die im Einzelfall bis hin zur Entwicklung eines eigenen Curriculums reichte, wie das Thema Antisemitismus an der eigenen Schule bearbeitet werden soll. In einem schulartübergreifenden Projekt im ländlichen Raum wurde an Hand von Workshops mit interkultureller und interreligiöser Zusammensetzung die direkte Begegnung mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des Judentums erreicht. Dazu wurde mehrfach mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg zusammengearbeitet. Fachkräften der Jugend- und Schulsozialarbeit wurde in diesem Zusammenhang ein Workshop-Format vermittelt, das von diesen künftig selbstständig eingesetzt werden kann. Auch die Kooperation mit jüdischen Museen sowie mit Gedenkstätten und Synagogenvereinen wird in diesem Kontext empfohlen.

15. wie weit die Möglichkeit eines Austauschs mit den Verantwortlichen der Bayerisch-Israelischen Bildungskooperation (BiBiKo), dem das Kultusministerium bei der Beantwortung der Ziffer 9 der Drucksache 16/7472 „offen gegenüber“ stand, in der Zwischenzeit erörtert wurde, gerade auch vor dem Hintergrund einer möglichst effektiven Verwendung der im letzten Doppelhaushalt zusätzlich zugewiesenen Fördermittel für Schulkooperationen mit Israel.

Eine Kontaktaufnahme mit den Verantwortlichen für die „Bayerisch-Israelische Bildungskooperation“ (BiBiKo) im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist seitens des Kultusministeriums Baden-Württemberg und des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung erfolgt.

Die im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und Bayern aufgelegten Programme wurde aus der Motivation entwickelt, dem wachsenden Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft mit Maßnahmen entgegenzuwirken, die entweder eine Begegnung junger Menschen aus Deutschland und Israel ermöglichen oder sich mit Angeboten an Multiplikatoren und Lehrkräfte wenden.

Die Verantwortlichen auf beiden Seiten haben vereinbart, dass der Austausch über die laufenden Kooperationen und die Zusammenarbeit mit den Partnern in Israel fortgesetzt und vertieft wird. Von diesem Erfahrungsaustausch versprechen sich die Beteiligten eine Verbesserung der Kooperation mit Israel sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport

Anlage zu Ziffer 11

Übersicht über die von den Hochschulen mitgeteilten Projekte: Hochschule für Jüdische Studien

An der Hochschule für Jüdische Studien wurde von 2013-2016 ein viel beachtetes von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (evz) gefördertes Projekt zur Entwicklung von Schulmaterialien zur jüdischen Geschichte, d. h. zur Didaktik der jüdischen Geschichte im weiteren Sinne, durchgeführt. Die Materialien sind auf der Homepage der Hochschule veröffentlicht und frei und unentgeltlich zugänglich (<http://www.hfjs.eu//schule.html>).

Das maßgeblich vom Land Baden-Württemberg geförderte Pilotprojekt der digitalen „Neue Gallia-Germanica Judaica“ wird das lokale Geschichtswissen um die jüdische Kultur und Geschichte vervollständigen. Nach dem Vorbild der französischen „Nouvelle Gallia Judaica“ werden in Fortsetzung der Standardwerke Gallia Judaica und Germania Judaica die Orts- und Landschaftsartikel zur jüdischen Geschichte mit Fokus auf die Kernlandschaften von Aschenas vom Ober- und Mittelrhein (also den heutigen Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz) bis zur Champagne grenzüberschreitend auf den neuesten Forschungsstand gebracht werden.

Pädagogische Hochschule Freiburg

Institut der Theologien:

- Interreligiöser Dialog (Christentum, Islam, Judentum)
- Bibeldidaktik aus interreligiöser Perspektive

Geschichte

- Die Konstruktion und Rezeption des Mittelalters in der Moderne; in diesem Rahmen auch Geschichte der Juden (Judenvertreibung, Judenprogrome), Verhältnis Christentum - Judentum
- Die Kreuzzüge

Politik

- Politisch-kulturelles Lernen als Zugang Jugendlicher zur Politik (Analyse von Musikrichtungen; Deutsche und englische Protestsongs, Reggae, Hip-hop, Punk, Rechte Musik und Heavy Metal); Projekt mit Universität Hannover und LMU-München.
- Demokratie lernen (in diesem Rahmen Umgang mit Populismus, Rassismus, Antisemitismus)
- Menschenrechtsbildung in Kooperation mit dem Freiburger Institut für Menschenrechtsbildung (In diesem Rahmen Erforschung der schulischen und außerschulischen Pädagogik zu den Themen Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Holocaust, Demokratie und Menschenrechte).

Anlage zu Ziffer 11

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Zusatzqualifikation Interreligiöses Begegnungslernen

Verantwortlich: Institut für Philosophie und Theologie, PH Heidelberg

Lehre und Forschung: Zusatzqualifikation IRBL mit Forschung

(Literatur s.: www.ph-heidelberg.de/irbl)

Kooperationspartner: Hochschule für Jüdische Studien, Institut für Islamische Theologie, PH Karlsruhe/Laufzeit: seit 2013

Gedenkstätten didaktik: Historisches Lernen zu Nationalsozialismus und Holocaust insbesondere an NS-Gedenkstätten in Baden-Württemberg (fortlaufendes Projekt)

Verantwortlich: Abteilung Geschichte

Kooperationspartner: KZ-Gedenkstätte Neckarelz, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Ulm)

Projekte der Arbeitsstelle für Antiziganismusprävention:

- Virtueller Stadtrundgang zur Geschichte der Sinti und Roma in Heidelberg (mit großem Teil Zeit des Nationalsozialismus) abzurufen unter <https://www.azp-hd.org/stadtrundgang>
- Fachtagung zum Thema „Diskriminierungssensible Pädagogik heute“
- Seminar „Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus“
- Multiplikator*innenschulung zur Sensibilisierung von pädagogischen Fachkräften und Akteuren in der Antidiskriminierungsarbeit zum pädagogischen Umgang mit Diskriminierung und insbesondere Antiziganismus/Arbeitsstelle Antiziganismusprävention PH
Kooperationspartner: Landeszentrale für politische Bildung
- Fotoausstellung „Jüdisches Leben in Heidelberg“ an der PH/Heidelberger Lupe e.V.
- Fotoausstellung „Jüdisches Leben in Schriesheim“

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

- Gemeinsame Teleseminare des Faches Geschichte und des Kibbuzim College of Education, in dem die Studierenden einen umfassenden Blick auf Israel und die jüdische Geschichte erhalten.
- In Kooperation der Hochschule für Jüdische Studien, Heidelberg mit dem Institut für Islamische Theologie, PH Karlsruhe, wird seit 2013 das Zertifikat Interreligiöses Begegnungslernen angeboten.

Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Geschichte

- Das Thema Antisemitismus ist fester Teil der Lehre.

Anlage zu Ziffer 11

- Gutachten für den Expertenrat zu Antisemitismus im Schulbuch; daran anknüpfend Durchführung eines Forschungsvorhabens.

Erziehungswissenschaft**Lehre**

- Holocaust als Thema für die Grundschule?
- Anne Frank und Pädagogik (mit Exkursion Jüdisches Museum Frankfurt, Jugendbegegnungsstätte Anne Frank)
- Jüdische Kindheit (19. bis 21. Jahrhundert, Historische Bildungsforschung/Kindheitsforschung)
- Auf den Spuren jüdischen Lebens in Württemberg. Kindheit und Jugend. Erziehung und Bildung (auch als Vorbereitung für Austausch mit der Partneruniversität in der Ukraine, in Kooperation mit dem Fach Geschichte, s. Exkursionen)
- Erziehung und Bildung in Israel (auch als Vorbereitung für Exkursion mit Studierenden nach Israel)
- Kindheit im NS
- „Hart wie Kruppstahl“ – Erziehung im NS (in Kooperation mit dem Fach Geschichte)
- „Exklusion durch Vergessen“ Euthanasie-Verbrechen und Inklusion (in Kooperation mit der Sonderpädagogik)
- Migration und Bildungsbiographie
- Regelmäßige Veranstaltungen zur Erziehung im Nationalsozialismus. Dabei geht es u. a. auch um jüdische Schulkinder und jüdische Schulen (wie beispielsweise das einzige jüdische Landschulheim Württembergs, das in Herrlingen bei Ulm bis 1939 bestand) sowie auch um die Situation von jüdischen Lehrer/-innen während der NS-Zeit.

Forschung:

- Holocaust Education
- Jüdische Kindheit
- Jüdische Pädagoginnen

Exkursionen mit Studierenden:

- Exkursionen nach Israel 2014 (Erziehung und Bildung: Schulbesuche, Yad Vashem, Besuch Partnerhochschule)
- Exkursion in die Ukraine 2019 (Besuch Partnerhochschule in Tscherniwzi/Czernowitz, Jüdische Kultur: Museum, Friedhof, Spurensuche in der Stadt, in Kooperation mit den Fächern Geschichte und Deutsch)
- geplante und bis auf weiteres verschobene Exkursion und Austausch mit Ukraine 2020 (in Kooperation mit dem Fach Geschichte)

Anlage zu Ziffer 11

Jenny-Heymann-Preis:

- Diversitätspreis an der PH seit dem Sommersemester 2018
- Im Sommersemester 2019 wurde ein Kompaktseminar als Forschungswerkstatt zur Namensgeberin des Preises angeboten. Die Studierenden forschten zu Teilthemen ihrer Biografie. Daraus entstand ein vielschichtiger Sammelband.

Theologien und Educational Studies:**Evangelische Theologie – Lehrveranstaltungen aus den letzten Jahren**

- Das Judentum (durch einen jüdischen Lehrbeauftragten)
- Nach der Shoah. Juden und Christen in Deutschland seit 1945
- Schoah: Didaktik des Erinnerns
- Der Holocaust im Gedächtnis der nachfolgenden Generationen
- Interreligiöses Lernen
- Exkursionen „Auf den Spuren jüdischer und christlicher Geschichte“ nach Berlin, Wien und Krakau/Auschwitz

Islamische Theologie

Das Thema Antisemitismus ist fester Teil der Lehre u. a. bei den Themen

- Islamische Geschichte
- Gender, Gewalt und Religion
- Weltreligionen
- Religiöse Vielfalt im Alltag.

In der islamischen Theologie/Religionspädagogik gibt es seit 2008 verankert in den Studienordnungen regelmäßige Begegnungen mit den Geschwisterreligionen.

In den Veranstaltungen

- Religiöse Vielfalt im Alltag;
- Pluralität (Face to Face);
- und in der MA Veranstaltung „von Gott und Engeln- welche Rolle spielt Religion im Alltag der muslimischen Jugendlichen?“

geht es um die Chancen von Begegnungen, gemeinsamen Festen und anderen Umsetzungsmöglichkeiten an der Schule. Vorgesehen sind Treffen mit Jugendlichen jüdischer Religion („meet a Jewish“) und Vertretern der jüdischen Gemeinde.

Katholische Theologie – Lehr- und Vortragsveranstaltungen

- »Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich« – Was Christen vom Judentum lernen können (regelmäßig)
- Judentum (regelmäßig)
- Vortrag zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (27.1.2020)
- Religionspädagogik vielfaltssensibel gedacht

Anlage zu Ziffer 11

- Potentiale religiöser und interreligiöser Kompetenzentwicklung
- Modelle von Religionsunterricht in komplexen Gesellschaften
- Diversity Education and Resilience (regelmäßig)

Deutsch

- Filmgespräch zu „Kindheit im NS“

Politik

- regelmäßige Veranstaltungen zu den Themenfeldern Rechtspopulismus, Demokratietheorie, demokratische politische Bildung („in Zeiten autoritärer Versuchungen“) etc.

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

- Forschungsprojekte der Allgemeinen Erziehungswissenschaft zu Fabeln im Nationalsozialismus

Pädagogische Hochschule Weingarten**Katholische Theologie und Evangelische Theologie**

- Zwei regelmäßig stattfindenden Seminare der christlichen Theologien setzen sich besonders intensiv mit der Shoa und ihrer Didaktik auseinander: ‚*Kirche im Nationalsozialismus*‘ und ‚*Zeitgenössische Theologie*‘ (inklusive: Theologie nach Auschwitz; Rezeption Motiven jüdischer Theologie innerhalb christl. Theologie).
- Selbstverständlich wird auch die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in verschiedenen Epochen in der Lehrveranstaltung ‚*Einführung in die Kirchengeschichte*‘ behandelt.

Universität Freiburg

An der Universität Freiburg wurde das Forschungsprojekt „Holocaust in Schulbüchern“ im Zeitraum von den 1950ern bis in die 1970er Jahre“ realisiert.

Universität Heidelberg

Die folgenden drei Forschungsprojekte mit Themenbezug an der Universität Heidelberg fanden vor dem Jahr 2010 statt:

- „Schreiben im Holocaust. Sprachlicher Widerstand im Getto Lodz“ (Teilprojekt im Rahmen des Innovationsfonds „FRONTIER“ im Rahmen von ZUK 49/1 „Heidelberg: Realising the Potential of a Comprehensive University“), Germanistisches Seminar, Laufzeit: 01.05.2008 bis 30.04.2010
- „Das Bild der Holocaust-Täter in der deutschen Rechtsprechung“, Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK), Historisches Seminar, Laufzeit: 01.01.2004-31.12.2006

Anlage zu Ziffer 11

- „Transformation von Ritualen im Zuge des Holocaust-Gedenkens in Deutschland 1945-2000 (Teilprojekt C4 im SFB 619: Ritualdynamik: Soziokulturelle Prozesse in historischer und kulturvergleichender Perspektive), Institut für Bildungswissenschaft, Laufzeit: 01.07.2002-30.06.2005.

Universität Konstanz

„Medialisierung und moderne Vermittlungsstrategien von Zeugenschaft und Gedenken“ (01.11.2017 bis 31.12.2018) oder

- „Mediale und moderne Vermittlungsstrategien von Zeugenschaft und Raum“ (09.10.2019 bis 31.12.2020) – Fachbereich Literaturwissenschaft.

Universität Stuttgart

Die Abteilung Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart deckt ein sehr breites inhaltliches Spektrum ab. Fragen der Shoa und des Judentums werden insbesondere auf lokalgeschichtlicher Ebene behandelt.

Die Abteilung Neuere Geschichte sowie die dort angesiedelte „Forschungsstelle Ludwigsburg zur Erforschung der NS – Verbrechensgeschichte“ betreibt Grundlagenforschung hinsichtlich der Genese und Durchführung der Shoa und kooperiert in dieser Eigenschaft auch mit international herausragenden Einrichtungen wie Yad Vashem und USHMM in Washington. Dabei fallen immer wieder neue Erkenntnisse an, die einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden – und diese Vermittlungsarbeit kann als Didaktik der Shoa eingestuft werden. Exemplarisch dafür ist das Werk „Fotos aus Sobibor“, in dem das didaktisch besonders wertvolle Medium der Photographie als Schlüssel dient, um neue Erkenntnisse über die Hintergründe und Durchführung der größten Vernichtungsaktion des Holocaust, der sogenannten „Aktion Reinhard“, zu erlangen. Dieses Werk wurde unter größter medialer Anteilnahme zu Beginn des Jahres 2020 einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert.

Die seit April 2001 existierende und dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte zugeordnete Forschungsstelle Ludwigsburg zur Erforschung der NS – Verbrechensgeschichte ist eine in dieser Art einzigartige Kooperation mit einem Archiv (Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg) sowie einer juristischen Behörde („Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen“) eingegangen. Die in ihrer Art einmalige Konstruktion besteht darin, dass die Forschungsstelle zur NS-Geschichte in unmittelbarer Nähe zu den von der Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg verwahrten Aktenbeständen, die den weltweit größten Bestand an Ermittlungsakten zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen enthalten, forscht. Das unmittelbare Miteinander der archivischen Erschließung, der weiterhin erfolgenden

Anlage zu Ziffer 11

juristischen Aufarbeitung sowie der wissenschaftlichen Nutzung erschließt für alle drei Kooperationspartner erhebliche Synergieeffekte, die der jeweiligen Arbeit wesentlich zu Gute kommen.

Es geht hier einerseits darum, anhand der in der ehemaligen Zentralstelle in Ludwigsburg verwahrten Quellenmassen die Entscheidungsprozesse auszuleuchten, die zum Mord an den europäischen Juden führten. Andererseits nimmt die Forschungsstelle gezielt den Strang der sogenannten Täterforschung auf, um differenzierte Antworten auf die Frage zu finden, wieso auch „ganz normale Deutsche“ durch ihre Beteiligung am Vernichtungskrieg im Osten zu Mördern werden konnten. Im Vordergrund steht die Motivforschung, die unter Rückgriff auf kulturelle Erklärungsmuster das Verhalten der im Osten stationierten deutschen Ordnungspolizisten zu erklären versucht.

Weiterführender Link: <https://www.hi.uni-stuttgart.de/ng/forschung/ludwigsburg/>

Universität Tübingen

An der Evangelisch-Theologischen Fakultät gibt es ein empirisches Projekt zu „Judentum und Islam im Religionsunterricht“.

An der Katholisch-Theologischen Fakultät wurde 2015 ein internationales Forschungsprojekt zur Thematik „Erinnerung an den Holocaust im Religionsunterricht“ initiiert, das soeben seine Ergebnisse vorlegt. Zu dieser Thematik bietet der Lehrstuhlinhaber in jedem Semester Lehrveranstaltungen, u. a. im Kontext der Lehrerbildung an. Fakultätsweit wurde in der Katholisch-Theologischen Fakultät seit 2015 in der Lehre ein Modul „Christentum – Israel/ Judentum – Weltreligionen“, etabliert, das ein Pflichtmodul für alle Studierenden ist. Daran sind sieben Lehrstühle der Kath.-Theol. Fakultät beteiligt.

Am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft gibt es in der Lehre ein Modul „Jüdische Lebenswelten“, das jedes zweite Semester angeboten wird. Die Beschäftigung mit der Traditionsliteratur des rabbinischen Judentums (Talmud, jüdische Bibelkommentare) ist wesentlicher Bestandteil des Profils des Institutum Judaicum in Forschung und Lehre. Dazu gehört u. a. die Beschäftigung mit der (neu)hebräischen Sprache und ihrer Literatur, die Erforschung der jüdischen Bibelauslegung seit der Spätantike bis in die Neuzeit (mit einem Schwerpunkt in der deutsch-jüdischen Orthodoxie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts) und die Aufarbeitung der Geschichte der jüdisch-christlichen Beziehungen, wie sie sowohl in jüdischen als auch in christlichen Bibelauslegungen zum Ausdruck kommt. Die Geschichte des Antisemitismus und der Shoa, sowie die Geschichte der Staatsgründung Israels sind hierbei genauso Objekt der Lehre wie das Judentum in

Anlage zu Ziffer 11

Deutschland und in der weltweiten Diaspora. Aktuelle Forschungsprojekte beinhalten zwei vom Europäischen Forschungsrat geförderte Projekte, die sich mit dem Judentum in Arabien und dem Verhältnis von Judentum und Islam beschäftigen. Weiterhin gibt es mehrere Projekte zur Geschichte der Jüdischen Orthodoxie (z. B. Isaac Breuer Werksausgabe und zum Verhältnis Martin Luthers zum „Judentum“.) Da in Tübingen für das gesamte Fachgebiet der Judaistik ein Lehrstuhl eingerichtet ist, ist einerseits die Kooperation mit judaistischen Instituten an anderen Universitäten unerlässlich, und andererseits eine Spezialisierung erforderlich, die in Tübingen das Themenfeld Didaktik der Shoa und des Judentums nicht abdeckt. Punktuell wird das Themenfeld in Tübingen im Rahmen jüdischer Geschichte sowie im Rahmen des Seminars für Zeitgeschichte behandelt. Forschungsprojekte zum Thema Shoa hat es in den letzten Jahren mehrfach im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Universitätsgeschichte während des Nationalsozialismus sowie der Vorgeschichte des Institutum Judaicum gegeben. Die Forschungsergebnisse sind zum Teil bei Konferenzen und in Publikationen vorgestellt worden. Die Universität Tübingen weist darauf hin, dass, wenn man das Interesse an dieser Forschung zum Maßstab nimmt, eine deutliche Zunahme festzustellen sei, wobei die diesbezügliche Forschungstätigkeit nicht allein innerhalb der Universität stattfindet, sondern ebenso in Zusammenarbeit auch mit außeruniversitären Erwachsenenbildungseinrichtungen.

**Israel-Stipendien für junge Wissenschaftler und Lehrkräfte
(vgl. Ausführungen in Drucksache 16 /6404 zu Nr. 4)**

Abschließend sei noch auf das seit Ende der 1980er-Jahre bestehende Stipendienprogramm des Landtags hingewiesen, durch welches israelische und deutsche Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktikantinnen und Praktikanten gefördert werden. Durch die bereitgestellten Mittel ermöglicht der Landtag den Austausch zwischen jungen Menschen in Baden-Württemberg und Israel. Jährlich werden bis zu 30 Studierende durch dieses Stipendium gefördert, um Reisen nach Israel oder Baden-Württemberg zu unternehmen. Es besteht auch ein ungebrochen großes Interesse nach diesen Begegnungsmöglichkeiten.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ermöglicht allen sechs Pädagogischen Hochschulen des Landes die Teilnahme am „Teachers for the Future“-Programm. Durch dieses Programm erhalten angehende Lehrerinnen und Lehrer die Chance, in strukturierten Seminarkontexten in Israel an den Themen Innovation, Interkulturalität, Integration und Demokratieverständnis zu arbeiten.